



MODUL 3

Vielfalt in Kärnten



Zweisprachigkeit im öffentlichen Raum

Lernziel: Erweiterung des Wissens über Mehrsprachigkeit in Österreich und anderen Ländern; Diskussion und Reflexion

In vielen Ländern oder Regionen der Welt ist Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit im öffentlichen Raum ein Thema. In manchen Staaten gibt es mehrere offizielle Amtssprachen, wie etwa in der Schweiz, in Kanada oder in Belgien. In anderen Ländern gibt es Regionen mit eigenen Sprachen, die ebenfalls im öffentlichen Raum sichtbar sind bzw. sein wollen, wie beispielsweise in Spanien oder Südtirol. Auch in Österreich gibt es in manchen Bundesländern Minderheitensprachen, die in der Öffentlichkeit sichtbar sind bzw. sein sollen.

Häufig wird diese Thematik von emotionalen Debatten begleitet, wie dies etwa in Kärnten bei der Frage der zweisprachigen Ortstafeln der Fall war. In anderen Fällen wiederum ist die Sichtbarkeit verschiedener Sprachen im öffentlichen Raum eine Selbstverständlichkeit.

In dieser Unterrichtssequenz wird Arbeitswissen zur Situation der Mehrsprachigkeit bereitgestellt. Auf dieser Basis kann eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Thematik in der Klasse stattfinden, eigene kleine Rechercheaufgaben gegeben werden bzw. eine Diskussion zur Situation in Österreich angeregt werden. Nach dem Erarbeiten des Arbeitswissens sowie der Diskussion der Bilder können die untenstehenden Fragen diskutiert werden.



MODUL 3

Vielfalt in Kärnten



Mehrsprachigkeit im öffentlichen Raum

In den österreichischen Bundesländern Burgenland und Kärnten gibt es ungarische, slowenische und kroatische Minderheiten, denen nach einer Bestimmung des österreichischen Staatsvertrags 1955 unter anderem das Recht zusteht, dass zweisprachige Ortstafeln aufgestellt werden, sodass die deutsche und die Minderheitensprache öffentlich sichtbar sind. Die Umsetzung dieser Bestimmungen sorgte für zahlreiche juristische, politische und auch gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Besonders in Kärnten sorgte der „Ortstafelstreit“ über Jahrzehnte hinweg für Kontroversen.

Im Gegensatz zu Kärnten war die Aufstellung von Ortstafeln im Burgenland ein weniger emotionales und umstrittenes Thema. Doch auch hier hat es bis zum Juli 2000 gedauert, bis die ersten zweisprachigen Ortstafeln aufgestellt werden konnten. Insgesamt gibt es im Burgenland 47 betroffene Orte, vier haben ungarisch-deutsche, der Rest kroatisch-deutsche Tafeln aufgestellt. Was im Jahr 2000 friedlich über die Bühne geht, sorgte 1972 in Kärnten für politischen Zündstoff.

Beim so genannten Kärntner "Ortstafelsturm" wurden die zweisprachigen Beschilderungen von deutschnationalen Kärntnern zerstört. Bis heute ist in dem südlichen Bundesland die Zweisprachigkeit ein konfliktbeladenes Thema, die jahrzehntelange Deutschkärntner Abwehrmentalität prägt die politische Kultur Kärntens.



Ortstafelsturm in Kärnten, 1972: In der Nacht werden zweisprachige Ortstafeln abmontiert.
© Votava, Wien

Zwar haben minderheitenfreundliche Maßnahmen des Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider in den 1990er Jahren vermuten lassen, dass das Thema vor dem Hintergrund der europäischen Migrationsdiskussion an Brisanz verloren hat, das Urteil des Verfassungsgerichtshofs zur "Ortstafelregelung" vom 13.12.2001 hat jedoch das Gegenteil bewiesen. Nach diesem sollte bereits ein Anteil von 10 Prozent (bisher 25 Prozent) nichtdeutschsprachiger Bevölkerung für die Anbringung zweisprachiger Ortstafeln ausreichend sein. Nach der Rechtsauslegung der Kärntner SlowenInnen hätte dies 394 zusätzliche Ortstafeln bedeutet, was von Landeshauptmann Haider jedoch abgelehnt wurde. Er billigte den Kärntner SlowenInnen lediglich 148 Tafeln zu, was von diesen jedoch abgelehnt wurde, und brachte wiederholt die Abhaltung einer Volksabstimmung über die Frage ins Spiel.

Um eine Lösung zu finden und die Situation zu "deeskalieren", wurde von Bundeskanzler Schüssel deshalb eine "Konsenskonferenz", bei der alle beteiligten Gruppen vertreten sind, einberufen.



MODUL 3

Vielfalt in Kärnten



Zu einem Ergebnis kam diese jedoch auch nicht. Nach einem weiteren Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom Dezember 2005 war ein Ende des Ortstafelstreites dennoch nicht absehbar: Landeshauptmann Haider verhinderte nach wie vor die Umsetzung des Spruches. Um diese zu umgehen, verrückte er Anfang 2006 unter Medienpräsenz in Bleiburg und Ebersdorf eigenhändig die Ortstafeln um einige Meter (wodurch diese nicht mehr im offiziellen Ortsgebiet standen) und kündigte des Weiteren eine Volksbefragung an.

Im Frühjahr 2010 sprach sich Außenminister Michael Spindelegger zusammen mit seinem Amtskollegen in Slowenien, Samuel Zbogar, für eine Lösung noch im selben Jahr aus.

Im Frühling 2011 konnte letztlich eine Einigung erreicht werden: Bundeskanzler Werner Faymann sowie Staatssekretär Josef Ostermayer handelten mit dem damaligen Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler und den Vertretern der SlowenInnen Marjan Sturm, Bernard Sadovnik und Valentin Inzko einen Kompromiss aus, der die Aufstellung von insgesamt 164 zweisprachigen Ortstafeln vorsieht.



Diskussionsfragen:

- Was bildet die rechtliche Basis für die Minderheitenpolitik in Österreich?
- Welche Bundesländer und welche Minderheitengruppen sind davon betroffen?
- Welche Gründe könnte es haben, dass das Aufstellen von zweisprachigen Ortstafeln so starke Emotionen auslösen kann?
- Worin liegt die Bedeutung von Sprache für die Identität?
- Kennt ihr selbst Gemeinden, in denen es Diskussionen um Mehrsprachigkeit gibt?
- Wenn ja, welche verschiedenen Standpunkte gibt es?

Autorinnen: Gertraud Diendorfer, Susanne Reitmair-Juárez, Demokratiezentrum (Wien)